

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

34. Jahrgang

Berlin, den 28. Juli 1967

Nummer 30

Einkommenswirkungen expansiver konjunkturpolitischer Maßnahmen

Das DIW hat bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Rezession nur dann in Wirtschaftswachstum münden kann, wenn der Staat unverzüglich zusätzliche Nachfrage schafft, die weit über das bisher angekündigte Maß hinausgeht.

Die Diskussion des Finanzprogramms der Bundesregierung gibt Anlaß, das konjunkturpolitische Konzept des Instituts noch einmal mit aller Deutlichkeit darzulegen. Dabei wird versucht, die erforderlichen Maßnahmen zu quantifizieren und ihre Wirkungen auf die Einkommensentwicklung abzuschätzen. Im einzelnen wird von folgenden Überlegungen ausgegangen:

1. Die Größenordnung der bisherigen Wachstumsverluste läßt es unmöglich erscheinen, Abhilfe allein von der Stützung einer Nachfragekomponente, der Investitionen, zu erhoffen. Als wirksame Manövriermasse für belebende Maßnahmen steht nur das *staatliche Investitionsvolumen* zur Verfügung; denn im gewerblichen Bereich läßt der derzeitige Tiefstand der Kapazitätsauslastung spürbare Effekte kurzfristig nicht erhoffen. Zudem ist zu befürchten, daß der Schaden von Fehlinvestitionen infolge einer starken, undifferenzierten Begünstigung dieses Bereichs größer wäre als der Nutzen zusätzlicher Einkommenseffekte. Auch eine verstärkte Förderung der Wohnungsbautätigkeit verspricht kurzfristig nur geringe Wirkungen und vermag daher lediglich eine untergeordnete Rolle zu spielen.

2. Unabdingbar ist daher die *Mobilisierung zusätzlicher privater Verbrauchsausgaben*. Die größte Wirksamkeit verspricht hier eine befristete Einkommensteuersenkung — wohl am zweckmäßigsten in Form eines einheitlichen, von der Steuerschuld absetzbaren Betrages. Um die hohe Verbrauchsneigung der Einkommensempfänger mit geringen und damit kaum oder gar nicht steuerbelasteten Einkommen zu nutzen, sollte der Betrag ausnahmsweise auch diesem Personenkreis — als „negative Steuer“ — zugute kommen. Noch nachhaltigeren Erfolg verspräche es, wenn auch die Arbeitslosen in den Kreis der Begünstigten einbezogen würden.

Die Empfehlung von Steuersenkungen steht allerdings in diametralem Gegensatz zu den Intentionen, die bei der Konzeption des Finanzprogramms der Bundesregierung Pate gestanden haben — Intentionen, die primär an den Problemen des mittelfristigen Haushaltsausgleichs und nicht an konjunkturpolitischen Erfordernissen orientiert sind. Wird nicht zugunsten konjunkturpolitischer Erfordernisse entschieden, so ist zu befürchten, daß die Basis für eine realistische mittelfristige Finanzplanung vollends verlorengeht und die Bemühungen um die Sanierung der öffentlichen Haushalte in einen kumulativen Prozeß nach unten einmünden: Die Steuersätze würden ständig erhöht werden, ohne daß es gelänge, das Steueraufkommen zu steigern.

Die wirtschaftliche Lage erfordert heute nicht nur eine *Verstärkung der öffentlichen Investitionen*, sondern auch *Steuersenkungen*, damit weitere Nachfrageimpulse ausgelöst werden, die von den öffentlichen Haushalten in diesem Umfang schon aus verwaltungstechnischen Gründen gar nicht erwartet werden können. Der Einwand, der expansive Effekt einer Steuersenkung könne ja auch erreicht werden, wenn bei gleichen oder gar höheren Steuereinnahmen die Staatsausgaben entsprechend ausgeweitet würden, ist daher fehl am Platze.

Aus diesen Gründen empfiehlt das DIW,

- die öffentlichen Investitionen, sich verstärkend zum Ende dieses Jahres und anhaltend auch im nächsten Jahr, bis an die Grenzen des Möglichen auszuweiten. Dieser Spielraum für zusätzliche Ausgaben ist für dieses Jahr auf 2 Mrd. DM, für 1968 auf 7 Mrd. DM zu veranschlagen. Mit den von der Bundesregierung genannten 5 Mrd. DM ließen sich derartige Beträge nur mobilisieren, wenn man sich bereitfände, mit diesen Mitteln auch Zins- und Tilgungsleistungen finanzschwacher Gebietskörperschaften zu finanzieren, und auch die Übernahme dieser Lasten in der Zukunft nicht scheuen würde;
- eine Einkommensteuersenkung durchzuführen, die — als konstanter Betrag je Erwerbsperson —

Zu den Einkommenswirkungen expansiver konjunkturpolitischer Maßnahmen
in Mrd. DM

	1966	1967	1968	1969	1970	1967 bis 1970
Tendenzen aufgrund der bisherigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen ¹⁾						
Privater Verbrauch	272,8	276	273	.	.	.
Öffentlicher Verbrauch	75,6	79	79	.	.	.
Staatliche Anlageinvestitionen	21,3	19	18	.	.	.
Übrige Anlageinvestitionen	101,2	90	82	.	.	.
Vorratsveränderungen	0,5	-8	-4	.	.	.
Außenbeitrag	6,5	17	20	.	.	.
Bruttosozialprodukt	477,9	473	468	.	.	.
Einnahmen des Staates	168,0	165	163	.	.	.
Ausgaben des Staates	168,7	175	177	.	.	.
Finanzierungsdefizit (netto)	-0,7	-10	-14	.	.	.
Erforderliche konjunkturpolitische Maßnahmen und ihre Einkommenswirkungen						
Erforderliche Mehrausgaben	—	2,5	5,5	—	—	8
davon: durch Steuersenkungen ausgelöste Verbrauchsausgaben	—	2	7	—	—	9
zusätzliche staatl. Investitionsprogramme	—	2	—	—	—	2
durch Entlastung der Altvorräte vorverlagerte Vorratsinvestitionen	—	—	—	—	—	—
Induzierte Einkommen	—	3,5	15,5	9	1	29
zusätzliche Verbrauchsausgaben	—	—	—	—	—	—
Einkommenseffekte aus induzierten Vorrats- u. Einfuhrveränderungen (netto)	—	-3	—	—	—	-3
Zusätzliches Bruttosozialprodukt insgesamt	—	7	28	9	1	45
Wirkungen auf die Einnahmen des Staates	—	-3	2) - 7	—	—	-10
davon: unmittelbare Mindereinnahmen durch Steuersenkungen	—	—	—	—	—	—
mittelbare Mehreinnahmen durch Steuersenkungen, zusätzliche staatl. Investitionsprogramme und unterlassenen Lagerabbau	—	2	10	3	—	15
Wirkungen auf die Ausgaben des Staates	—	2	7	—	—	9
Mehrausgaben der zusätzlichen Investitionsprogramme	—	—	—	—	—	—
Zusätzliche Finanzierungsdefizite (—) bzw. -überschüsse (+)	—	-3	-4	+3	—	-4
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung bei staatlicher Aktivität						
Bruttosozialprodukt	477,9	480	496	.	.	.

¹⁾ Einschließlich der Wirkungen des ersten Investitionshaushaltes. — ²⁾ Einschließlich Steuerausfälle aus der Entlastung der Altvorräte.
Quelle: Eigene Berechnungen und Schätzungen.

in der Größenordnung von monatlich 40 DM liegen müßte. Angesichts der bedrohlichen Entwicklung ist es dringend geboten, diese Steuersenkung bereits zum 1. Oktober dieses Jahres in Kraft treten zu lassen. Bei dem Versuch, die Auswirkungen dieser wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf die Einkommensentwicklung zu quantifizieren, wurde davon ausgegangen, daß die Steuersenkung bis Mitte 1968 befristet ist. Damit würde der Staat zunächst zusätzliche Einkommen in einer Größenordnung von 3 Mrd. DM je Quartal in den Händen der Privaten belassen; der daraus resultierende Steuerverzicht würde jedoch wegen der induzierten Steuereinnahmen wesentlich geringer ausfallen;

● die Altvorräte steuerlich soweit wie möglich zu entlasten, um Lagereinschränkungen zu vermeiden. Diese Maßnahme bewirkt zwar keine nachhaltigen Einkommenswirkungen; ein unterlassener Lagerabbau bedeutet jedoch einen einmaligen Einkommenseffekt im zweiten Halbjahr 1967, also gerade in einer Periode, in der die übrigen Maßnahmen erst zu wirken beginnen.

Um ein einigermaßen realistisches Urteil über die Wirkungen dieser Maßnahmen zu gewinnen, wurde versucht, nicht nur die *unmittelbaren* Einkommenswirkungen zusätzlicher Investitionsausgaben des Staates und der — durch Steuersenkungen ausgelösten — zusätzlichen Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte zu quantifizieren, sondern auch die *mittelbaren* Einflüsse auf den Einkommenskreislauf zu schätzen. Bei der Analyse sind nur die induzierten *Verbrauchsausgaben* und ihre Einkommenseffekte berücksichtigt worden. Die Wirkungen staatlicher Maßnahmen auf die privaten Investitionen, den Export und den öffentlichen Verbrauch sind außer Ansatz geblieben. Diese Beschränkung erscheint insoweit vertretbar, als die hier empfohlenen Maßnahmen so bemessen sind, daß die daraus resultierende zusätzliche Nachfrage das volkswirtschaftliche Angebotspotential keineswegs ausschöpfen würde. Der Spielraum für eine Ausweitung der privaten Investitionen und der aus ihnen abgeleiteten Nachfrage bliebe immer noch so groß, daß eine Überforderung des Potentials auch dann nicht zu befürchten wäre.

Dem Versuch, in einer Periodenanalyse die Wirkungen der empfohlenen Maßnahmen auf den Einkommenskreislauf zu schätzen, liegen folgende Überlegungen zugrunde:

1. Die in einer Periode von zwei bis drei Monaten vorgenommenen zusätzlichen Investitions- und Verbrauchsausgaben werden in derselben Periode produktionswirksam; damit entsteht auch in gleicher Höhe Einkommen.

2. Von diesen Einkommen wird nur ein Teil wieder ausgegeben. Zurückbehalten werden die Ersparnisse im Haushalts- und Unternehmensbereich; an den Staat abgeführt werden die Steuern und die Sozialversicherungsbeiträge.

3. Die in der nächsten Periode induzierte inländische Produktion von Gütern und Diensten beläuft sich auf etwa 60 vH der ursprünglichen Ausgaben. Dieser Prozeß setzt sich von Periode zu Periode fort; jeweils 60 vH des Ausgabe volumens der Vorperiode werden in der folgenden Periode wiederum zu Einkommen. Addiert man diese induzierten Einkommenseffekte für jede Periode, so erhält man eine ungefähr periodengerechte Verteilung der sekundären Einkommenswirkungen zusätzlicher Investitions- und Verbrauchsausgaben.

4. Auf die gleiche Weise läßt sich auch die Größenordnung der im Verlauf dieses Prozesses anfallenden zusätzlichen Einnahmen der öffentlichen Haushalte schätzen. Der Saldo aus

- a) geplanten Einnahmeausfällen durch Steuersenkungen,
- b) zusätzlichen Investitionsausgaben und
- c) den als Folge dieser Maßnahmen eintretenden Einnahmезuwächsen im Verlaufe der Belebung der Wirtschaftstätigkeit

gibt eine Vorstellung von der Größenordnung und zeitlichen Verteilung der zusätzlichen staatlichen Defizite oder — wenn man so will — der „Kosten“ dieser wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

5. Aus statistischen Gründen kam als Rechenperiode nur das Quartal in Frage. Als „Umschlagsperiode“ dürfte dieser Zeitraum etwas zu lang gewählt sein¹⁾. Die sekundären Wirkungen sind daher bei diesem Ansatz eher etwas unterschätzt worden.

Die quantitativen Ergebnisse dieser zweifellos auf stark vereinfachenden Hypothesen basierenden Überlegungen sind in der Tabelle zusammengestellt worden. Sie im einzelnen zu kommentieren, erübrigt

sich; nur einige markante Ergebnisse seien hier genannt.

Mit aller Deutlichkeit zeigt sich, daß auch 1968 Wachstum nur zu erwarten ist, wenn sofort begonnen wird, die Nachfrage zu verstärken. Zusätzliche Gesamtnachfrage in Höhe von 7 Mrd. DM, wie hier unterstellt, ist sicherlich das Äußerste, was sich noch in diesem Jahr realisieren lassen wird. Dazu bedarf es zusätzlicher Defizite der öffentlichen Haushalte in einer Größenordnung von nur 3 Mrd. DM, da die steuerliche Entlastung der Altvorräte in diesem Jahr keine Steuerausfälle verursacht und der Staat bereits rund 2 Mrd. DM an zusätzlichen Einnahmen erhält.

Diese Vorgabe an staatlicher Initiative in diesem Jahr für 1968 ist unabdingbare Voraussetzung für die vom DIW für möglich gehaltenen Wachstumsgewinne gegenüber einer Fortsetzung der bisherigen Entwicklung, bei der man davon ausgehen muß, daß die Rezession anhält. 1968 könnte für 28 Mrd. D-Mark mehr produziert werden, sofern es gelänge, zunächst 14 Mrd. DM an zusätzlicher Nachfrage durch Einnahmeverzichte und Ausgabesteigerungen der öffentlichen Haushalte zu mobilisieren. Zweidrittel dieses Betrages — etwa 10 Mrd. DM — würde bereits im selben Jahr an zusätzlichen Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen wieder zurückfließen, so daß 1968 nur 4 Mrd. DM mehr als Staatsverschuldung erforderlich wären, um ein Vielfaches an Sozialprodukt zu erwirtschaften.

Wenn auch die sekundären Einkommens- und Steuerwirkungen in späteren Perioden in die Betrachtung einbezogen werden und damit quasi über die Gesamtperiode bilanziert wird, sind die Relationen noch günstiger. Das Ergebnis wären 45 Mrd. D-Mark mehr Sozialprodukt, ausgelöst durch 19 Mrd. DM mehr an primären Investitions- und Verbrauchsausgaben und finanziert durch zusätzliche staatliche Defizite von insgesamt nur 4 Mrd. D-Mark.

Auf diese Weise könnte es bereits im zweiten Halbjahr 1967 gelingen, die rezessive Entwicklung in Stagnation einmünden zu lassen. 1968 wäre bei den hier unterstellten Annahmen statt eines Rückgangs des nominalen Sozialprodukts um 1,5 vH eine Zunahme um 3 vH zu erwarten.

¹⁾ In einer anderen, ähnlich aufgebauten Untersuchung ist mit fünf Umschlagsperioden in einem Jahr gerechnet worden (vgl. E. Freund, N. Peifer, Die öffentliche Nachfrage nach Bauinvestitionen, ihre Auswirkungen auf die Einkommensschöpfung und deren zeitlicher Ablauf im Jahre 1967/68, in: Die Bauwirtschaft, 21. Jg., Heft 24, 1967, S. 560).

Fremdenverkehr in Osteuropa

Ebenso wie in den westlichen Industrieländern hat in den vergangenen Jahren auch in Osteuropa der zwischenstaatliche Fremdenverkehr stark zugenommen. Leider sind die Angaben der osteuropäischen Länder hierüber noch lückenhaft und teilweise recht ungenau. Dennoch läßt sich aus den vorliegenden Informationen bereits ein Überblick über den Auslandstourismus in Osteuropa, seine Merkmale und seine wirtschaftliche Bedeutung, gewinnen.

Lebhafte Einreise in osteuropäische Länder

Die Zahl der in osteuropäische Länder einreisenden Touristen ist in den letzten Jahren kräftig gestiegen: 1960 kamen 3,7 Mill. Ausländer, 1965 waren es bereits mehr als 10,1 Millionen — d. h. nur etwas weniger, als Italien im gleichen Jahr zu verzeichnen hatte. 1966 dürften es etwa 13 Mill. gewesen sein. Die wichtigsten Reiseländer unter den osteuropäischen Staaten sind die Tschechoslowakei und Jugoslawien; auf sie konzentrierte sich 1965 etwa die

Der Fremdenverkehr in osteuropäischen Ländern 1963—1966
in 1000 Personen

		Einreise von Ausländern				Ausreise von Bürgern d. eigen- en Landes
		Einschl. Transit- reisende	Ohne Transitreisende			
			gesamt	aus komm. Ländern	aus Westeu- ropau. übrige Welt	
Bulgarien (c)	1963	414	233	199	34	123
	1964	809	421	264	157	139
	1965	1 084	525	391	134	208
	1966	1 485	.	.	.	500
Jugoslawien (b)	1963	.	1 755	1) 132	1 623	.
	1964	.	2 227	242	1 985	.
	1965	.	2 658	436	2 222	1 407
	1966	5 558	3 380	.	.	.
Mitteldeutschland (c)	1963 ²⁾	440	3) 156	133	23	3) 240
	1964 ²⁾	900	3) 448	411	37	3) 466
	1965 ²⁾	880	3) 416	372	44	3) 600
	1966 ²⁾	1 090	.	.	.	657
Polen (b)	1963	285	285	225	60	386
	1964	818	500	310	190	569
	1965	1 086	4) 1 086	4) 972	4) 114	778
	1966	1 210	.	.	.	949
Rumänien (c)	1963	.	162	5) 117	45	.
	1964	.	193	5) 107	86	.
	1965	.	288	5) 106	182	6) 180
	1966	.	800	.	.	.
Sowjetunion (a)	1963	.	933	733	200	904
	1964	.	1 033	333	700	918
	1965	.	1 263	7) 234	1 029	1 154
	1966	.	1 447	.	.	1 278
Tschechoslowakei (ac)	1963	1 819	1 500	1 200	300	657
	1964	3 715	3) 3 400	2) 2 700	700	2 079
	1965	2 947	2 629	2 109	520	1 730
	1966	.	3) 3 519	2 764	755	1 964
Ungarn (a)	1963	921	585	435	150	570
	1964	1 800	1 302	1 100	202	1 486
	1965	2 136	1 319	1 016	303	893
	1966	3 025	1 625	.	.	1 000
Osteuropa gesamt	1963	.	5 609	3 174	2 435	.
	1964	.	9 524	5 467	4 057	.
	1965	.	10 184	5 636	4 548	6 950
	1966	.	.	.	.	.

Art der statistischen Erhebung: (a) — Grenze, (b) — Hotel, (c) — sonstige Informationsquelle.

¹⁾ Ohne Rumänien. — ²⁾ Geschätzt; ohne Transitreisende. — ³⁾ Angaben des „Reisebüros der DDR“. Offenbar handelt es sich hierbei nur um Kunden des Reisebüros. Ohne Jugendauslandstouristik und Stadtrundfahrten. — ⁴⁾ Einschl. Transitreisende. — ⁵⁾ Errechnet nach Angaben der Partnerländer; ohne Jugoslawien, Polen, Sowjetunion, Tschechoslowakei. — ⁶⁾ Geschätzt. — ⁷⁾ Errechnet nach Angaben der Partnerländer; ohne Jugoslawien. — ⁸⁾ Keine Angaben, ob einschl. Transitreisende.

Quelle: Originalstatistiken der osteuropäischen Länder.

Hälfte des gesamten osteuropäischen Fremdenverkehrs. Bei der Tschechoslowakei ist eine unterschiedliche Entwicklung zu beobachten: Nach Jahren mit geringerer Zunahme schnellte 1964 die Zahl der einreisenden Ausländer (einschließlich der Transitreisenden) auf 3,7 Millionen, 1965 verringerte sie sich auf 2,9 Millionen und erreichte 1966 wieder 3,5 Millionen. Der Grund für den Rückgang waren die schweren Überschwemmungen des Jahres 1965 sowie der Ausbruch von Tierseuchen in Ungarn, der ein zeitweiliges Schließen der Grenze notwendig machte. Jugoslawien zeigt dagegen eine kontinuierliche Zunahme des Fremdenverkehrs. Es ist dabei, die Tschechoslowakei zu überflügeln und das wichtigste osteuropäische Reiseland zu werden. Weniger stark als in diesen beiden Ländern, aber doch recht zügig entwickelte sich der ungarische und bulgarische Fremdenverkehr, während er in der Sowjetunion erst seit zwei Jahren stärker zunimmt. Mitteldeutschland blieb bislang noch deutlich hinter der allgemeinen Entwicklung des osteuropäischen Tou-

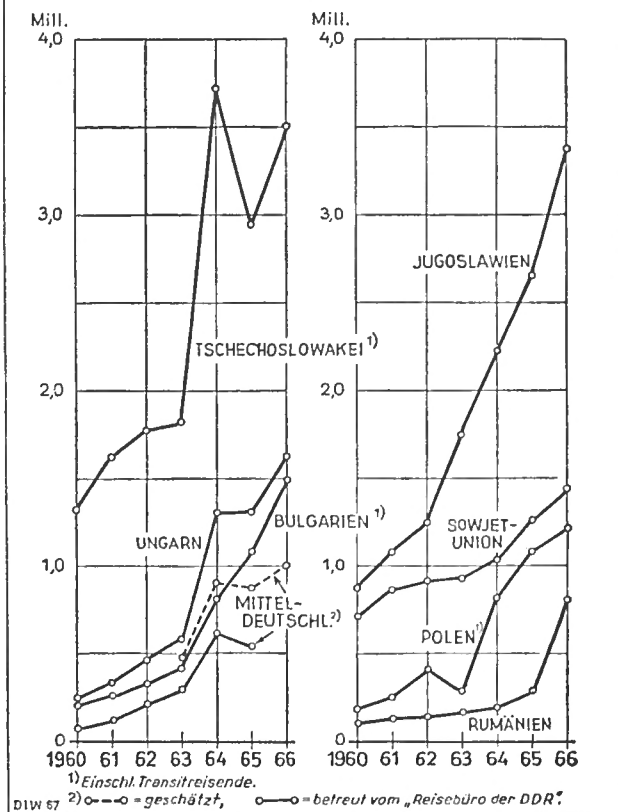
risismus zurück. Rumänien, lange Zeit als Reiseland unbedeutend, erreichte 1966 die bisher höchste Zunahme im osteuropäischen Fremdenverkehr, nämlich fast eine Verdreifachung der Zahl der einreisenden Ausländer innerhalb eines Jahres.

Eine Aufgliederung der Zahlen nach dem Herkunftsland der Touristen zeigt, daß von den 10,1 Millionen, die für das Jahr 1965 angegeben wurden, Hiervon besuchten mehr als 2,2 Mill. Jugoslawien, etwa 1 Mill. die Sowjetunion, eine halbe Mill. die Tschechoslowakei. Damit stammten 1965 83 vH der Besucher Jugoslawiens, 81 vH der Gäste der UdSSR und 20 vH der Besucher der Tschechoslowakei aus westlichen Ländern.

Die Einreise der Touristen aus den osteuropäischen Ländern erreichte 1965 rund 5,6 Mill. Damit hat sich der Fremdenverkehr zwischen den osteuropäischen Ländern in den Jahren 1963 bis 1965 ziemlich parallel zum West-Ost-Tourismus entwickelt. Bevorzugtes Reiseland für die Osteuropäer war die Tschechoslowakei: Sie wurde 1965 von rund 2 Mill. Touristen aus den kommunistischen Ländern besucht, Ungarn von etwa einer Million. Die wenigsten Besucher aus Osteuropa hatten 1965 die Sowjetunion (rund 250 000) und Mitteldeutschland (370 000) zu verzeichnen.

Die Übersicht über die Herkunft der einreisenden Ausländer läßt bei mehreren osteuropäischen Ländern besonders hohe vH-Anteile für die Angehörigen der jeweils angrenzenden Staaten erken-

DIE EINREISE VON TOURISTEN
IN OSTEUPÄISCHE LÄNDER
IN DEN JAHREN 1960—1966



Herkunft der im Jahr 1965 in osteuropäische Länder eingereisten Ausländer

Zahl aller Einreisenden = 100

Einreiseland Herkunftsland	Bul- garien	Jugo- slawien	Mittel- dtsch- land	Polen	CSSR	Un- garn
Osteuropa	74	16	89	90	80	77
Westeuropa	22	77	9	1) 10	17	19
Übrige Welt	4	9	2	.	3	4
darunter:						
Bulgarien	—	1	2	2) 1	1	2
Jugoslawien	19	—	0	.	1	6
Mitteldeutschland	15	1	—	50	26	7
Polen	8	2	14	—	24	9
Rumänien	5	0	0	.	0	5
Sowjetunion	11	1	2	14	2	8
Tschechoslowakei	12	7	67	33	—	40
Ungarn	4	3	4	2) 8	26	—
Bundesrepublik	9	21	—	2	6	5
Österreich	2	14	1	.	8	8
Italien	1	11	0	.	0	1
Frankreich	2	12	1	2	1	1
Großbritannien	1	8	1	2	1	1
Ver. St. v. Amerika	1	3	0	2	1	2

1) Einschl. „übrige Welt“. — 2) Errechnet nach Angaben des Partnerlandes.

nen. Dies zeigt, daß sich der Fremdenverkehr in Osteuropa 1965 vorwiegend zwischen benachbarten Ländern abspielte. Der Drang nach Sonne und Strand, ein ausgeprägtes Charakteristikum des westeuropäischen Tourismus, spielt in Osteuropa noch eine untergeordnete Rolle. Ansätze dazu sind allerdings vorhanden, wie den Angaben Bulgariens zu entnehmen ist.

Bei Rumänien, der Sowjetunion und Ungarn fällt auf, daß 1965 die Einreise aus den anderen kommunistischen Ländern gegenüber 1964 zurückgegangen ist, während gleichzeitig der Besuch westlicher Touristen zugenommen hat. Diese Tatsache scheint zu bestätigen, daß die Einreise osteuropäischer Touristen weniger erwünscht ist, solange die beschränkte Zahl der Hotelbetten gegen frei konvertierbare Währung an westliche Besucher vermietet werden kann. Darüber hinaus ist in sämtlichen osteuropäischen Ländern das staatliche Interesse einseitig darauf gerichtet, die Anzahl der einreisenden Touristen zu erhöhen, nicht aber die der ausreisenden. Es wurden nicht zuletzt im Hinblick auf 1967 — von den Vereinten Nationen zum „Internationalen Jahr des Tourismus“ proklamiert — in den meisten Ländern Osteuropas die Einreiseformalitäten vereinfacht, die vielfältigen Ausreisebeschränkungen dagegen kaum gelockert.

Unterschiedliche Reiseintensität der Osteuropäer

Über Auslandsreisen von Osteuropäern sind ebenfalls einige Angaben verfügbar. Wird die Zahl der Ausgereisten in Beziehung gesetzt zur jeweiligen Gesamtbevölkerung, so errechnen sich für die einzelnen Länder folgende vH-Anteile (1965):

Bulgarien	2,5 vH
Jugoslawien	7,2 vH
Mitteldeutschland	3,5 vH
Polen	2,5 vH
Sowjetunion	0,5 vH
Tschechoslowakei	12,2 vH
Ungarn	8,7 vH

Sofern diese Zahlen bei der unterschiedlichen Größe der Länder und ihrer differierenden Außen-

handelsverflechtung (der Geschäftsreiseverkehr ist teilweise in unbekanntem Umfang in den Zahlen enthalten) vergleichbar sind, waren somit die Tschechen am reisefreudigsten. Von ihnen verreiste 1965 jeder achte ins Ausland, von den Ungarn jeder elfte. Die für die Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien errechneten Quoten entsprechen durchaus denen westlicher Industrieländer. Hinzuzufügen ist, daß bei Ungarn und der Tschechoslowakei die Ausreise im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist. Wenn trotzdem die Bürger dieser beiden Länder 1965 mehr als die anderen Osteuropäer ins Ausland reisten, so mag neben ihrem relativ hohen Lebensstandard entscheidend sein, daß die Tschechoslowakei und Ungarn im Handel mit den übrigen Ländern des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe in den vergangenen Jahren wiederholt hohe Aktivsalden verzeichneten.

Die Anzahl der Osteuropäer, die 1965 ins westliche Ausland reisten, war dagegen bescheiden: rund 27 000 Bulgaren, 100 000 Polen, 145 000 Ungarn und 170 000 Tschechen. Für die übrigen Länder liegen hierzu keine Angaben vor.

Wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs

Die wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs für die einzelnen osteuropäischen Länder läßt sich aus den daraus fließenden Einnahmen und ihrem Verhältnis zu den Exporterlösen abschätzen. Nicht alle Länder machten hierüber Angaben; für Mitteldeutschland, Rumänien und die Sowjetunion konnten die Einnahmen nur grob geschätzt werden. Es nahmen aus dem Fremdenverkehr ein¹⁾:

	Mill. \$	gemessen am Güterexport in vH
Bulgarien	35,0	3,0
Jugoslawien	81,0	7,4
Mitteldeutschland 2)	22,0	0,7
Polen	17,5	0,8
Rumänien 2)	17,0	1,5
Sowjetunion 2)	104,0	1,3
Tschechoslowakei	90,3	3,4
Ungarn	77,5	5,1

Die Einnahmen der osteuropäischen Länder erreichten somit 1965 insgesamt etwa 450 Mill. \$. Das entspricht rund 2 vH der gesamten Ausfuhr Osteuropas. Die Einnahmen von Reisenden aus westlichen Ländern liegen — für die Gesamtheit der osteuropäischen Länder geschätzt — 1965 bei 220 Millionen \$; diese Summe entspräche knapp 5 vH des Exports aller osteuropäischen Staaten in die westlichen Industrieländer.

Den Einnahmen aus dem Fremdenverkehr stehen die Ausgaben der Bevölkerung der betreffenden Länder im Ausland gegenüber; darüber machten bisher nur zwei Länder nähere Angaben. Jugoslawische Auslandsreisende gaben 1965 etwa 18 Mill. \$, Tschechen 49,9 Mill. \$ aus, davon 2,2 Mill. \$ in westlichen Ländern.

Insgesamt betrachtet hat also der Fremdenverkehr in den osteuropäischen Ländern — Jugoslawien ausgenommen — noch lange nicht die gleiche wirtschaftliche Bedeutung, wie er sie in den bevorzugten

¹⁾ Ekonomičeskaja Gazeta 1967, Nr. 11, S. 41. — Die Wirtschaft 1967, Nr. 11, S. 20. — Hospodárské Noviny 1966, Nr. 20, S. 13. — Tourism in O.E.C.D. Member Countries 1966. Paris 1966, S. 57.
²⁾ Geschätzt.

westlichen Touristenländern besitzt. Diese erzielten 1965 aus dem Tourismus folgende Nettoeinnahmen:

	Mill. \$	gemessen am Güterexport in vH
Spanien	1 085	112,3
Italien	1 062	14,8
Österreich	420	26,3
Schweiz	319	10,7

Geringe Beherbergungskapazitäten

Alle osteuropäischen Länder zusammen verfügten 1965 über rund 370 000 Hotelbetten — etwas weniger, als Österreich im gleichen Jahr. Werden die sonstigen Quartiere, d. h. Privatquartiere, Pensionen, Ferienheime, Herbergen usw., mit berücksichtigt, so standen in ganz Osteuropa 1965 etwas mehr als 1 Million Plätze zur Verfügung; dies entspricht etwa der halben Beherbergungskapazität Italiens.

Die Situation ist dabei von Land zu Land recht unterschiedlich. Die meisten Hotelbetten haben Jugoslawien und Mitteldeutschland, die wenigsten hat Ungarn. Bei der Sowjetunion, von der zwar bekannt ist, daß sie einen sehr großen Nachholbedarf im Hotel- und Gaststättenbereich hat, überrascht dennoch, daß sie nach eigenen Angaben³⁾ 1965 für Ausländer insgesamt nur 22 000 Hotelbetten und 5000 Betten in sonstigen Quartieren hatte. (Westberlin allein verfügt heute über ungefähr 15 000 Hotelbetten.)

Bei einem Vergleich der Kennziffern „Hotelbetten je 1000 Einwohner“ bzw. „Hotelbetten und Betten in sonstigen Quartieren je 1000 Einwohner“ schneiden Bulgarien mit 5,7 bzw. 10,0 und Jugoslawien mit 4,8 bzw. 21,8 von allen osteuropäischen Ländern am besten ab. Sie liegen jedoch noch weit unter dem Niveau der meisten westlichen Länder, wie die folgende Übersicht zeigt⁴⁾:

	Hotelbetten je 1000 Einwohner	Hotelbetten und Betten in sonstigen Quartieren je 1000 Einwohner
Österreich	55,3	109,1
Schweiz	39,8	81,0
Italien	20,9	41,4
Frankreich	12,2	15,6
Bundesrepublik	12,3	22,8
Spanien	10,4	23,1

Die meisten osteuropäischen Länder unternehmen deshalb energische Anstrengungen, die Bettenzahl zu erhöhen. Insgesamt ist von 1966 bis 1970 mit einem jährlichen Zugang von mehr als 90 000 Betten zu rechnen, so daß sich in diesen fünf Jahren die Zahl der Hotelbetten für ausländische Touristen in Osteuropa weit mehr als verdoppeln dürfte. Knapp die Hälfte davon entfällt allerdings auf Jugoslawien. Jugoslawien ist es auch, das im Hotelbau bereits westlich finanzierte Investitionen gestattet.

Die Zahl der Betten für den Fremdenverkehr
in den osteuropäischen Ländern 1965

	Zahl der Betten in 1000				Betten je 1000 Einwohner	
	Hotels u. Motels	Sonst. Quar- tiere	gesamt	Jährl. Erweite- rungen bis 1970	Hotels u. Motels	gesamt
Bulgarien ¹⁾ . . .	46,8	35,0	81,8	7,0	5,7	10,0
Jugoslawien . . .	93,5	332,3	425,8	40,0	4,8	21,8
Mitteldeutschland	65,0	93,7	158,7	13,0	3,8	9,3
Polen	31,9	142,9	174,8	.	1,0	5,5
Rumänien ²⁾ . .	35,0	5,0	40,0	10,6	1,8	2,1
Sowjetunion ³⁾ . .	22,0	5,0	27,0	10,0	0,1	0,1
Ungarn	15,6	31,7	47,3	9,4	1,5	4,7
Tschechoslowakei ⁴⁾	59,2	77,5	136,7	.	4,2	9,7
Insgesamt	369,0	723,1	1092,1	(90,0)	—	—

¹⁾ Anfang 1967 verfügte Bulgarien über insgesamt 105 000 Betten. —
²⁾ Geschätzt. Für die Saison 1967 stehen 54 000 Betten in Hotels und Motels zur Verfügung, außerdem 10 000 Plätze in Studentenheimen. —
³⁾ Bis 1968 sollten 30 000 Betten in Hotels 1 Klasse erstellt werden, 80 000 davon in Moskau. — ⁴⁾ Im Jahr 1966 waren insgesamt 131 000 Betten für den Fremdenverkehr vorhanden, wobei die Zahl der Saisonplätze eingeschränkt, die der ganzjährig zur Verfügung stehenden Betten jedoch um 5700 erhöht wurde.

Daneben haben aber auch Ungarn und die Tschechoslowakei begonnen, mit westlichen Interessenten über verschiedene Hotelbauten zu verhandeln.

Die Sowjetunion und Ungarn stellen ihre Kapazitätserweiterungen durch den Bau mehrerer Luxus-hotels offenbar vorwiegend auf ein zahlungskräftiges, westliches Publikum ab; Jugoslawien dagegen trägt mehr den Anforderungen des Massentourismus Rechnung. Erstaunlich ist, daß Jugoslawien trotz einer verhältnismäßig niedrigen durchschnittlichen Wohnfläche von 10,8 m² je Einwohner⁵⁾ 1965 über 144 000 Betten in Privatquartieren verfügte. Bis 1970 möchte es diese Kapazität noch um weitere 100 000 Betten erhöhen. Daneben fördern Bulgarien und Rumänien den Ausbau von Privatquartieren. Durch diese investitionspolitisch kluge Maßnahme können staatliche Mittel für die Verbesserung der Infrastruktur freigesetzt werden. Außerdem hat ein hoher Anteil von Privatquartieren an der gesamten Bettenzahl — bei den entwickelten Fremdenverkehrsländern beträgt er rund 50 vH — günstige Wirkungen auf die Beschäftigung und die Einkommensverteilung.

Abschließend ist festzustellen, daß die notwendigen Voraussetzungen für eine weitere rasche Zunahme des Fremdenverkehrs in Osteuropa geschaffen werden. Auch wenn in den meisten osteuropäischen Ländern die Einnahmen aus dem Tourismus noch nicht sehr hoch sind, so ist doch damit zu rechnen, daß nicht zuletzt vom West-Ost-Tourismus in den nächsten Jahren immer stärkere Impulse für den Handel mit Osteuropa ausgehen werden.

⁵⁾ Vnešnjaja Torgovlja 1966, Nr. 11, S. 40.
⁴⁾ Errechnet nach „Tourism in O.E.C.D. Member Countries 1966“, Paris 1966, S. 68.
⁵⁾ Errechnet nach: „Statistički Godišnjak SFRJ 1966“.